

Nein zur Olympiabewerbung München 2018!

Antrag an die Münchner Stadtversammlung, 04.10.2010

Antragssteller: Dieter Janecek (OV Neuhausen-Nymphenburg), Ludwig Hartmann (OV Au-Haidhausen), Katharina Schulze (Grüne Jugend), Christian Hierneis (OV Schwabing), Sylvio Bohr (OV Schwabing), u.a.

Antragstext:

Das vorliegende Bid Book der Bewerbungsgesellschaft für Olympische Winterspiele 2018 wird grünen Maßstäben von finanzieller wie ökologischer Nachhaltigkeit in keinster Weise gerecht. Ein Mehrwert für die Region ist nicht zu erkennen, von einem „ökologischen Erbe“ ganz zu schweigen. Die Standards für das Umweltkonzept sind im Vergleich zu 2009 sogar deutlich geschwächt worden. Das im Bid Book beschriebene Konzept Olympischer Winterspiele verstößt gegen die Grundsätze nachhaltiger Entwicklung. Die Vorlage für die Olympiabewerbung München 2018 basiert zudem auf unseriösem, widerlegbarem Zahlenmaterial und ist somit auch aus formalen Gründen nicht zustimmungsfähig.

Die Münchner Grünen fordern ihre Stadtratsfraktion auf, das am 06.10.2010 in der Vollversammlung des Stadtrats zu behandelnde Eckdatenpapier zum Bid Book der Münchner Olympiabewerbung abzulehnen. In diesem Zusammenhang kritisieren wir die Informationspolitik des Stadtrats genauso wie die der Bewerbungsgesellschaft. Wenn unseren Mitgliedern der Stadtratsfraktion gerade eine Woche (!!) vor der Entscheidung im Münchner Stadtrat ein Gesamtbudget von mehr als 3 Mrd. Euro inklusive des Gesamtkonzepts Bid Book erstmals zugänglich gemacht wird und damit die öffentliche Diskussion hierzu ausbleibt, hat dies mit seriöser Finanzplanung und Transparenz nichts zu tun. Wenn dabei wesentliche Daten der Öffentlichkeit vorenthalten werden, verstößt dies zudem gegen den grünen Grundsatz der Informationsfreiheit.

Die Münchner Grünen sprechen sich auf dieser Grundlage gegen eine Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele 2018 aus.

Begründung:

Inhaltsverzeichnis:

- **Olympische Winterspiele 2018 vs. Nachhaltigkeit**
- **Milliardengrab Olympia: Das Finanz-Desaster**
- **Knebelungsverträge / Diktat des IOC**
- **Bebauung des Olympiaparks**
- **Klimawandel im Alpenraum**
- **Winterspitzensport als Schuldenfalle**
- **Olympische Winterspiele der reichen Industriestaaten**
- **Spitzensport vs. Breitensport**
- **Umweltkonzept und grüne Glaubwürdigkeit**

Olympische Winterspiele 2018 vs. Nachhaltigkeit

Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit sind die Kriterien, an der wir die Olympiabewerbung laut Beschlussfassung unseres Stadtverbands vom 13.10.2009 messen wollen.

Was die finanzielle Nachhaltigkeit angeht: In der damaligen Beschlussvorlage hatte die Grüne Stadtratsfraktion sich verpflichtet, einen „regelmäßigen Finanzierungsbericht über den Stand der Sponsorenwerbung sowie die laufenden Kosten“ abzugeben. **Dies ist jedoch nie geschehen!** Vielmehr drängt sich bis zuletzt der Eindruck auf, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Finanzierbarkeit der Spiele bis heute nicht stattgefunden hat.

Die entscheidende Frage hingegen wurde hingegen nie beantwortet: Welcher nachhaltige ökonomische und ökologische Mehrwert ist durch die Investition der Steuergelder zu erwarten? Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Begeisterungsfähigkeit für Sportgroßereignisse im Anschluss an deren Durchführung schlagartig abnimmt, sobald die Ausrichter auf einem riesigen Schuldenberg sitzen und die nächsten Jahrzehnte von den Zinslasten erdrückt werden (siehe Oberstdorf). Mögliche (nachhaltige) Impulse für die Region durch eine olympische Bewerbung und das dann bei erfolgreichem Zuschlag 2018 stattfindende Sportgroßevent sind nicht zu erwarten. Im Gegenteil: **Die wenigen sinnvollen Investitionen rechtfertigen in keinem Fall die sinnlose Ausgaben in Milliardenhöhe.**

Ein Blick auf Vancouver unterstreicht diese Annahme: Vancouver hat wegen den 17 Tagen Olympische Winterspiele Schulden von ca. einer Milliarde kanadischer Dollar angehäuft und muss künftig sparen und streichen. Die Stadt plant unter anderem die Subventionen für Kulturausgaben um 90 Prozent zu kürzen.

Unsere österreichischen Nachbarn in Salzburg sind angesichts der Erfahrungen aus drei Bewerbungen (2006, 2010, 2014) zu dem Schluss gekommen, sich „nie wieder für Olympische Spiele unter den geltenden Voraussetzungen“ (Landeshauptfrau Gabi Burgstaller) zu bewerben. Ein Untersuchungsausschuss klärt gerade kriminelle Machenschaften und Intransparenz im Zuge der letzten Bewerbung.

Milliardengrab Olympia: Das Finanz-Desaster

Zwischen **2,56 und 3,1 Mrd. Euro** soll die Ausrichtung der Olympischen Spiele nach Angaben der Bewerbungsgesellschaft kosten. **Diese Zahlen sind grundsätzlich anzuzweifeln.** Eine **unabhängige Evaluierung** einzelner temporärer wie dauerhafter Bauprojekte hat **nie stattgefunden**. Es ist schlichtweg ein Skandal, dass unsere Stadträtinnen und Stadträte nur mit einem Vorlauf von einer Woche vor der Abstimmung im Stadtrat zum ersten Mal Unterlagen mit verifizierbarem Zahlenmaterial erhalten haben und damit komplett ohne öffentliche Diskussion die Anträge nachvollziehen sollen. Das hieße, sie müssten im Grunde der Bewerbungsgesellschaft einen Blankoscheck ausstellen. Einige Beispiele seien hier genannt:

- Als Quelle für die Berechnung des Gesamtbudgets wird nicht etwa eine neutrale Gutachterkommission genannt, sondern der Sportökonom Professor Wolfgang Maennig, der bereits Gutachten für die Finanzierbarkeit der gescheiterten Bewerbungen Berlin 2000 und Leipzig 2012 verfasst hat. Maennig verdient seit Jahren sein Geld mit der Erstellung „unabhängiger“ Expertisen als Auftragnehmer des DOSB.
- Die Bewertung der Gutachten übernimmt der „Nationale Ausstatter“ von München 2018, das Wirtschaftsprüfungsunternehmen „Deloitte“. Eine aktuelle „Studie“ des IOC-Hofberichterstatters Deloitte zur Wirtschaftlichkeit von Olympische Spielen enthält den entlarvenden Satz: „Die Untersuchung ... basiert auf öffentlich verfügbaren Informationen und Dokumenten des Internationalen Olympischen Komitees... Wir haben zum Zwecke dieser Studie keine Überprüfung der Informationen und Dokumente oder aus anderen Quellen durchgeführt.“ (S. 21)
<http://www.nolympia.de/kritisches-olympisches-lexikon/deloitte/>
- Die konzeptionelle Anfertigung des Bid Books erfolgte bis zum 3. September 2010, also zu einer Zeit, als die massive Ausweitung temporärer Standorte im Rahmen des vorläufigen Garmischer Kompromisses noch gar nicht im Gespräch war. Mittlerweile hat die Bewerbungsgesellschaft diese Konzeptveränderung inklusive Kostensteigerung beim OCOG per Federstrich in ein **erneut ausgeglichenes** Gesamtbudget integriert. Glaubwürdig?
- Oberbürgermeister Christian Ude hat aufgrund des schwerwiegenden Widerstands in Garmisch-Partenkirchen wie Berchtesgadener Land ohne Rücksprache mit dem **Münchner Stadtrat Bürgschaften** für die Landeshauptstadt abgegeben, dass diese für **1/3 der wahrscheinlichen Kostenüberschreitungen** im Rahmen des OCOG-Budgets in Haftung geht. Für München ergeben sich damit **Risiken in Höhe eines hohen dreistelligen Millionenbetrags**. Wenn es stimmt, dass unsere Stadträtinnen und Stadträte von diesem Vorgehen selbst erst aus den Medien erfahren haben, lässt dieses auch Rückschlüsse auf die Form der Beteiligung der öffentlichen Hand zu.
- **Kostenexplosion OCOG / temporäre Bauten:**
Garmischer Vereine und Grundstücksbesitzer haben einen Großteil der bisherigen Planungen durch ihr Verhandlungsgeschick auf den Kopf gestellt. Dies führt im Konzept – sollte es zu dieser Lösung kommen - zu einem **deutlich erhöhten Anteil ogenannter temporärer Bauten**, die nun mehr als ein Viertel der gesamten Planungsfläche in Anspruch nehmen. Temporäre Bauten werden grundsätzlich im Durchführungs-, dem **OCOG-Budget, verbucht, für das München im Gegensatz zum Infrastruktur-Budget (NON-OCOG) mitverantwortlich ist und für dessen Deckungslücke die Stadt am Ende in die Haftung genommen wird.**

Zur Erläuterung dazu: Die Wohneinheiten für das „Snow Village“

Garmisch-Partenkirchen werden ebenso wie die kompletten Anlagen für Langlauf und Biathlon in Schwaiganger nach den Spielen wieder komplett abgerissen (Nachhaltigkeit?). Veranschlagte Kosten für ALLE temporären Baumaßnahmen („Snow Village“: 2.500 Wohneinheiten, Sportstätten, etc.) liegen im OCOG bei 274 Mio. Euro. Angesichts der Kostenexplosion allein bei den Olympischen Dörfern in London und Vancouver auf rund 1 Mrd. Euro bzw. kanadische Dollar erscheint diese Kalkulation hochgradig unseriös.

- Auf der **Einnahmeseite plant München 2018 beim OCOG-Budget mit mehr als doppelt so hohen Einnahmen wie** die nationalen Organisatoren im südkoreanischen **Pyeongchang**, das seinerseits wenigstens Ehrlichkeit walten lässt und einen Betrag von 145 Mio. Dollar als staatliche Zuweisungen einplant. Entgegen der Versprechungen einer rein privaten Finanzierung des OCOG-Budgets hat der Freistaat Bayern bereits erste Zuweisungen in Millionenhöhe in Aussicht gestellt. Transparenz ist bei diesem Verfahren während der gesamten Bewerbungsphase nicht zu erkennen. Im OCOG-Budget ist auf der Einnahmenseite die undeklarierte Position „Others“ (Sonstige) mit 147 Mio. Euro ausgewiesen. Es ist nicht davon auszugehen, dass es bereits in der Planungsphase um mehrere hundert Millionen Euro gestiegenes OCOG-Budget weiterhin aus privaten Mitteln finanziert werden kann.
- Allein die offiziellen Kosten für das Sicherheitskonzept in Vancouver 2010 schlugen auf der nationalen Ebene mit 700 Mio. Euro zu Buche. Darüber hinaus entstanden weitere Kosten, die zwischen den Provinzen abgerechnet und nicht offiziell budgetiert wurden. München 2018 stellt im Durchführungs-Budget 31,8 Mio. Euro bereit.
- Das 33-Millionen-Budget der Bewerbungsgesellschaft wurde bislang zu **mehr als einem Drittel durch Unternehmen der öffentlichen Hand** aufgefüllt. Aber selbst zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt fehlen noch ca. 8 Millionen Euro an Sponsorenmitteln. Absehbar ist zugleich, dass die 33 Mio. Euro nicht ausreichen werden. Ein öffentlich nachvollziehbares Controlling über die hier verwendeten Steuergelder hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Die Grüne Stadtversammlung hat im Juli mit Zustimmung der Stadtratsfraktion beschlossen, **keine Steuergelder** für die Bewerbung zur Verfügung zu stellen

Knebelungsverträge / Diktat des IOC

Durch die Bürgschaften der Stadt München, des Freistaats und der Bundesrepublik bleibt das Risiko der Spiele einzig und allein an den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern hängen, während das IOC vollständig alle etwaigen Gewinne abschöpfen kann. Den Vertragsentwürfen, die selbst OB Ude als „Zumutung“ bezeichnet hat und die von den beteiligten Salzburger Juristen als „Knebelungsverträge“ bezeichnet wurden, muss noch vor dem möglichen Zuschlag zugestimmt werden. Diese Vereinbarungen können jedoch jederzeit, aber

nur einseitig vom IOC geändert werden. Das heißt, Vertragsinhalte können nach dem Zuschlag nicht mehr nachverhandelt werden, es sei denn, die Initiative geht vom IOC selbst aus.

Wer kann vor so einem Hintergrund garantieren, dass die geplanten ökologischen Ausgleichsprojekte auch wirklich umgesetzt werden? Sollten diese dem Gewinnstreben des IOC entgegenstehen und die öffentlichen Haushalte durch absehbare Kostensteigerungen unter Druck geraten, wird das „ökologische Erbe“ als erstes zur Disposition stehen. Erfahrungen mit dem IOC oder auch dem Internationalen Skiverband FIS zeigen, dass im Zweifelsfall Zusagen zum Schutz der Umwelt nicht eingehalten werden und ökonomische Interessen in der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung der Wettbewerbe stets im Vordergrund stehen. Die Ausführungen unterliegen vertraglich stets dem Diktat der Sportverbände, deren oberstes Ziel nicht der Naturschutz, sondern die eigene Nutzenmaximierung ist. **Solange sich willfähige Austragungsorte finden, die sich dem Diktat des IOC unterwerfen, wird dieser seine einseitigen Vorgaben eher verschärfen als diese transparenter, fairer und nachhaltiger zu gestalten.** Es kann also nur darum gehen, sich weltweit mit anderen Initiativen zu vernetzen und mittelfristig eine Vertragsgestaltung auf Augenhöhe mit dem IOC durchzusetzen anstatt sich unter diesen vollkommen asymmetrischen Informationsbedingungen hohen finanziellen Risiken für die Stadt München auszusetzen.

Bebauung des Olympiaparks

Das Olympische Dorf soll direkt am Olympiapark auf dem Gelände des Bundeswehr-Verwaltungszentrums gebaut werden. Folgende Rodungen, Gebäudeabrisse, Aus- und Umbauten wären dafür notwendig:

- Deutlich über 1.500 Bäume stehen auf dem Gelände des geplanten „Media Villages“ sowie des Olympischen Dorfes (mit „Funktionsflächen“). Die meisten dieser Bäume müssten gefällt werden. Drei Biotope sind ebenfalls betroffen.
- Die überplante Fläche ginge als wichtiges Naherholungsgebiet sowie als Frischluftschneise verloren. Sogar ein Freiluftkindergarten müsste weichen.
- Weiterhin stände der Abriss der intakten Gebäude der Bundeswehrverwaltung aus den siebziger Jahren und teurer Neubau (120 Mio. Euro) an der Dachauer Straße und Landshuter Allee an.
- Ein bewohntes Appartementhaus mit 80 Parteien soll ebenfalls abgerissen werden. Noch ist ungeklärt, was mit den BewohnerInnen geschieht. Ohne die Olympischen Winterspiele bleibt das Gelände in seinem derzeitigen Zustand erhalten.

Der nachhaltige Mehrwert der temporär und auch der dauerhaft errichteten Sportstätten und Bauten, die mit Steuermitteln finanziert und nach den Olympischen Spielen wieder abgebaut werden, ist nicht zu belegen. Welchen Bedarf hat München bezüglich der Errichtung zweier weiterer Multifunktionshallen angesichts eines bestehenden Defizits des Olympiaparks und eines ohnehin schon vorhandenen Überangebots an Event-Ereignissen in der Landeshauptstadt?

Klimawandel im Alpenraum

Mit einer **Zustimmung zum Eckdatenpapier für das Bid Book würden wir Grüne den fatalen Eindruck erwecken, dass der Klimawandel kein wirkliches Zukunftsproblem darstellt** und die Übernutzung der Alpen durch skitouristische Anlagen selbst in niedrigeren Lagen auch nach 2018 noch problemlos betrieben werden kann. Jedoch ist der Alpenraum vom Klimawandel besonders stark betroffen:

Der Temperaturanstieg ist doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt, in Garmisch-Partenkirchen hat die Erwärmung seit 1972 um 1,6 Grad Celsius zugenommen. Der Trend zu schneeärmeren Wintern, kürzer andauernder Schneebedeckungen und geringeren Schneehöhen vor allem in den unteren und mittleren Höhenlagen (genau dort - wo auch die Pisten von Garmisch-Partenkirchen liegen) hält an. Ohne künstliche Beschneigung, die bekanntermaßen sehr energieintensiv ist, können keine Olympischen Winterspiele stattfinden. Trotz gegenteiliger Beteuerungen ist es sehr unwahrscheinlich, dass Pisten und Beschneigungen nicht weiter ausgebaut werden müssen, denn 8 Jahre sind im Klimawandel – und im Skisport – eine lange Zeit. Bereits jetzt baut man Kühlanlagen an die Beschneiteiche in GaP, weil das Wasser für die Beschneigung zu warm ist. In Schwaiganger, das noch tiefer als GaP liegt, müssen alle Beschneianlagen komplett neu installiert werden. Das Wasser soll aus der Loisach kommen – eine ökologisch sehr fragwürdige Maßnahme.

Wintersport als Schuldenfalle

Eine einseitige Konzentration auf den Wintertourismus und eine Fixierung auf Wintersportarten führt nach Untersuchungen von Professor Bausch von der Hochschule München zu einem Schaden für das Tourismus-Sommergeschäft. Olympische Winterspiele würden den Druck auf weitere Umweltzerstörungen und Ausbau alpin-industrieller Infrastruktur zur Bedarfssicherung einer kleinen Gruppe von Wintersportlern immens erhöhen und die Verschuldung vor Ort durch den immer stärker werdenden Konkurrenzdruck mit anderen Wintersportorten weiter nach oben treiben. <http://www.cipra.org/de/alpmedia/news/4159>

Denn nur ca. 10 Prozent der Übernachtungsgäste im Winter wollen Ski laufen. Durch den Klimawandel wird vor allem der Sommertourismus profitieren. Demnach ist es für die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wesentlich sinnvoller, sich diesem Tourismussegment stärker zuzuwenden und vor allem eine intakte Natur zu erhalten. Das widerspricht jedoch den Anforderungen einer Bewerbung für Olympische Winterspiele, die über starke Eingriffe eine im Sommer unansehnliche Landschaft zurücklässt. Diese hohen Investitionen werden in der Zukunft vielmehr nur von einer kleinen Minderheit an Touristen im Winter tatsächlich auch genutzt.

Olympische Winterspiele der reichen Industriestaaten

Ein nicht zu vernachlässigender Punkt für eine Grüne Betrachtung ist die Tatsache, für wen die Spiele eigentlich ausgerichtet werden: In Vancouver nahmen 82 Nationen teil (zum Vergleich: bei den Sommerspielen in

Peking 2004), wobei nur 51 Länder mehr als 3 TeilnehmerInnen und 32 Länder mehr als 10 TeilnehmerInnen stellten. Diese 32 Länder sind allesamt reiche Industrieländer, die mit Ausnahme von Australien durchweg auf der Nordhalbkugel zu finden sind. Selbst bei den 82 teilnehmenden Nationen weisen die Schwellen- und Entwicklungsländer große weiße Flecken in der Teilnehmerkarte auf. Dies kann natürlich unter anderem durch die benötigten klimatischen Verhältnisse die für Ausübung der Wintersportarten, aber auch mit dem meist hohen und sehr kostenintensiven Materialaufwand erklärt werden. Die Idee vom Treffen der "Jugend der Welt" betrifft also vor allem bei Olympischen Winterspielen einen eher kleinen und exklusiven Kreis.

Spitzensport vs. Breitensport

Olympische Winterspiele sind mitnichten eine Investition in den Breitensport. Die 30 Mio. Euro teure Sanierung der Bobbahn in Schönau am Königssee z.B. kommt Sportarten zugute, die in Deutschland von gerade wenigen hundert Aktiven betrieben wird. Von 20 Bobbahnen global befinden sich übrigens 4 in Deutschland. 2/3 der Medaillengewinner von Vancouver 2010 stammen aus dem Polizei- und Bundeswehrensport.

Dasselbe gilt im übrigen für die Paralympics. Nur 2,5% der Behindertensportler bei uns sind mit den Sportarten der Paralympics überhaupt vertraut und/oder in der Lage, an ihnen teilzuhaben.

Umweltkonzept und grüne Glaubwürdigkeit

Das Umweltkonzept wurde uns im Herbst 2009 auf der damaligen Stadtversammlung noch als großes Herzstück der Bewerbung angepriesen. Das auf unserer Stadtversammlung am 13.10.2009 als Leitprojekt und „grünes Erbe“ angekündigte Biosphärenreservat war kurz danach ebenso Geschichte wie das versprochene Millionen-schwere Anreizprogramm zur energetischen Hotel-Sanierung. Sämtliche seriösen Umweltverbände haben sich mittlerweile aus der Fachkommission Umwelt zurückgezogen, zuletzt die bundesweite Dachorganisation der Umweltverbände, der Deutsche Naturschutzring, mit der Begründung, die Idee ökologischer Spiele sei gescheitert.

So soll beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vier mal mehr in den Straßenausbau als in die Schiene investiert werden. In Zeiten des Klimawandels eine Infrastruktur für den Winterspitzensport (nicht Breitensport!) auf 700 m Höhe auszubauen, kann nicht im grünen Sinne sein.

Bestehende WM-erfahrene Sportstätten in Oberstdorf und Ruhpolding werden gerade mit Millionen Steuergeldern saniert, sind aber in das Konzept München 2018 nicht integriert worden. Statt dessen baut man mit Unsummen temporäre Anlagen, um diese nach dem olympischen Zirkus wieder abzureißen. Wer kann da bitte von nachhaltigen und grünen Spielen sprechen?

Der Bund Naturschutz Garmisch-Partenkirchen gibt in einer eigenen Berechnung an, dass der von der Bewerbungsgesellschaft angegebene **CO2-Footprint** von 420.000 Tonnen nicht einmal ein Viertel der tatsächlichen Emissionen für Olympia 2018 ausmacht.

Einzelne Kritikpunkte, die die Glaubwürdigkeit des Umweltkonzepts in Frage stellen:

- Bei den Flächenbilanzen der Sportstätten hat man sich in der Darstellung des Naturschutzfachlichen Screenings ausschließlich auf die geschützten Biotope nach Art 13d BayNatSchG bezogen, da man da recht günstig aussieht.
- Hätte man auch die Flächen nach Art. 10 (Landschaftsschutzgebiete), Art. 13b (FFH-Gebiete) oder die kartierten Biotope mit einbezogen, dann wäre die Bilanz deutlich schlechter ausgefallen.
- **Die** Abfahrtspiste im Bereich des FFH-Gebiete „Mittenwalder Buckelwiesen“ liegt in einem europäischen Naturschutzgebiet, was der Behauptung im Bid Book entgegensteht, dass keine naturfachlich wertvollen Bereiche beeinträchtigt werden.
- Die anvisierte Halbierung der Anreisenden mit dem Flugzeug von 8% auf 4% ist völlig illusorisch. Mit einigen zusätzlichen Bahn- oder Busangeboten ist dies sicher nicht zu erreichen.
- Das Hauptprojekt Natur, Kulturerbe und Bildung ist äußerst schwammig formuliert. Neben einer Neuauflage des bereits existierenden Arten- und Biotopschutzprogrammes (ABSP) für den Landkreis sollen noch ein Waldwirtschaftsplan und ein Almwirtschaftsplan erarbeitet werden, der ebenso wie das ABSP, absolut unverbindlich sein wird. Garniert wird das Ganze mit etwas „Umweltbildung“. Selbst wenn dafür 4 - 7 Mio Euro eingesetzt werden sollten, reichen ein paar Planungsbüros nicht aus, um von einem nachhaltigen „Erbe“ sprechen zu können. Es fehlen die Mittel, mit denen Flächen angekauft werden können oder ein Fonds der Landschaftspflegeprojekte langfristig finanziert.
- Existierende Projekte des **Deutschen Alpenvereins** u.a. zum Ausbau des bestehenden Wegenetzes werden ergänzt und mit zusätzlichen **4,8 Mio. Euro** bezuschusst. Der ökologische Nutzen ist hier freilich fragwürdig. Erklärbar ist aber aufgrund der hohen Zuschüsse die Vasallenhaltung des DAV gegenüber dem DOSB.
- Insgesamt ist es bedenklich, dass die einzig verbliebenen Verbände in der Umweltkommission (DAV und LBV) **ohne Ausschreibung** mit direkten Zuschüssen bedacht werden.

Leitprojekte wie „Gesunde Ernährung“ sind angesichts der im medialen Dauerschall transportierten Hauptsponsoren McDonalds und Coca-Cola schon fast Satire. Selbst das einzig verbliebene Symbolprojekt „Plusenergiedorf“ muss hinterfragt werden, wenn der Kosteneinsatz von 30 Mio. Euro für die zusätzliche Energieoptimierung jeglichen Grenznutzen übersteigt. Die Investitionen für den Plusenergiestandard fließen aus den Mitteln der Landeshauptstadt und sind vergleichbar mit dem Gesamtbudget, das München für den Ausbau des Radwegenetzes von 2008 bis 2014 zur Verfügung steht. Mit vernünftiger Prioritätensetzung hat das alles nichts mehr zu tun

Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit den im „Umweltkonzept“ gesammelten, aber unzusammenhängenden Einzelprojekten der Bewerbung das Grüne Mäntelchen umgehängt werden soll. Was hier als „grünes Erbe“, „Weltrekord an Nachhaltigkeit“ oder gar „positives ökologisches Erbe“ betitelt wird, kann aus Grüner Sicht real nicht vollzogen werden.

Wer sich die Namen der Sponsoren anschaut, entdeckt etwas Anderes: Da findet sich mit **Dow Chemical**, dem jüngsten Hauptsponsor, ein Konzern, der die im Vietnam-Krieg eingesetzten Chemikalien Napalm und Agent Orange entwickelt hat. Haupttriebfeder des Milliardenmarkts Olympischer Spiele sind große internationale Konzerne, die diese Spiele für eine in dieser Form einzigartige **medial-industrielle Dauerbeschallung während der Spiele** nutzen, um ihre Botschaften unter die Leute zu bringen. Zu diesen Botschaften zählen sicherlich nicht Nachhaltigkeit, Bildung und Schutz der Ressourcen.

Eines muss zudem festgehalten werden: **Kleinere Fortschritte** wie die Herausnahme Oberammergaus oder der mögliche Garmischer Kompromiss sind einzig und allein **GEGEN die Planungshoheit der Bewerbungsgesellschaft** und nur aufgrund massiven gesellschaftlichen Drucks vor Ort und über das **Bündnis Nolympia** sowie nicht zuletzt dank des massiven Einsatzes von Steuergeldern zustande gekommen.

Staatsminister Schneider hat Garmisch vielleicht „ein Stück weit frei gekauft“. Wesentliche Grundstücksfragen insbesondere bei den Sportstätten bleiben vor Ort freilich weiterhin ungelöst. **Die grundsätzliche umweltschädliche Ausrichtung Olympischer Winterspiele bleibt jedoch bestehen. Grün lackierte Porsche Cayennes benennen wir schließlich auch nicht als Fahrräder.** So ist die Fragestellung in der taz vom 22.09. durchaus berechtigt, ob die Grünen nicht dabei sind, „einer völlig intransparenten und immer wieder auch korrupten Sportorganisation wie dem Internationalen Olympischen Komitee eine Bühne für ihre Milliardenengeschäfte zu zimmern. Doch all das wird kein Thema mehr sein, wenn die ersten deutschen Goldmedaillengewinner 2018 von der schwarz-rot-goldenen Masse gefeiert werden. Eine 20-Prozent-Partei darf bei dieser Party nicht fehlen. Das Umweltgewissen stört da nur.“

Wir sind anderer Meinung und bitten deshalb um Zustimmung für unseren Antrag!